66. Liegt fahrlässige Brandstiftung, in Folge welcher der Brand den Tod eines Menschen verursacht hat, auch dann vor, wenn bei dem tödlichen Erfolge eine Zwischenursache konkurriert hat?
Verhältnis des §. 309 zu §. 307 Nr. 1 St.G.B.'s.

III. Straffenat. Ur. v. 3. Dezember 1881 g. Kn. u. Gen.
Rep. 2525 '81.

I. Landgericht Chemnitz.

Aus den Gründen:

Die Angeklagten bezeichnen die Anwendung der am Schlusse des §. 309 St.G.B.'s enthaltenen schwereren Strafbestimmung als rechtsirrtümlich. Die Revision ist unbegründet.

Nach den thatsächlichen Feststellungen ist der vierzehnjährige B., der bei dem Mitangeklagten D. arbeitete, bei dem am 21. Mai d. J. stattgefundenen Brande des Schuppenz, in welchem die Fabrikation betrieben worden, verbrannt. Die Urteilsgründe stellen es als möglich hin, daß derselbe sich bereits aus dem brennenden Schuppen gerettet gehabt habe, dann aber, jedenfalls um ein Paar ihm gehörige Stiefel heranzuholen, noch einmal in denselben zurückgekehrt und auf diesem Wege erstickt sei. Er ist alsdann an dem einen Thürausgange liegend tot aufgefunden worden. Hiermit ist der nach §. 309 a. E. allein erforderliche unmittelbare Kausalzusammenhang zwischen dem durch die Fahrlässigkeit der Angeklagten herbeigeführten Brande des Schuppenz

und dem Tode des B. ohne Rechtsirrtum festgestellt. Der Tod ist unmittelbar durch den Brand, durch die direkte Einwirkung der infolge des letzteren entwickelten Elementarkräfte, des Feuers und des Rauches, verursacht worden. Einflußlos ist hierbei, daß B. das brennende Gebäude bereits verlassen gehabt und erst bei nochmaliger Rückkehr dahin seinen Tod durch Verbrennen, bezw. Ersticken gefunden hat. Es hat allerdings eine Zwischenursache, die Rückkehr in den Schuppen, mitgewirkt, damit der Tod durch den Brand eintreten konnte. Die Rückkehr selbst war aber gleichfalls durch den seitens der Angeklagten fahrlässiger Weise herbeigeführten Brand veranlaßt; sie erfolgte behufs Rettung von dem B. gehörigen, in dem brennenden Schuppen zurückgebliebenen Gegenständen. Wäre daher auch ohne die Rückkehr der Tod des B. nicht eingetreten, so wird doch hierdurch der schließliche direkte ursachliche Zusammenhang zwischen Brand und Tod nicht aufgehoben; der erst bei Gelegenheit der Zurückkunft in den Schuppen erfolgte Tod ist immerhin durch den fahrlässiger Weise herbeigeführten Brand verursacht und damit die Anwendung der strafe erhöhenden Bestimmung des §. 309 gerechtfertigt. Mit Unrecht beruft sich die Revision auf die Vorschrift in §. 307 Nr. 1 St.G.B.'s. Das Vorhandensein des hierin bezeichneten Qualifikationsmomentes ist von dem Gesetze von anderen und weiteren Voraussetzungen abhängig gemacht worden, als das des Erschwerungsgrundes des §. 309. Nach §. 307 Nr. 1 ist auf die schwerere Strafe zu erkennen, wenn der Brand den Tod eines Menschen dadurch verursacht hat, daß dieser zur Zeit der That in einer der in Brand gesetzten Räumlichkeiten sich befand. Es hat hiermit, wie aus den Reichstagsverhandlungen (Stenographische Berichte S. 741) erhellt, schärfer, als es nach der Fassung des Entwurfes der Fall war, hervorgehoben werden sollen, daß eine zweifache, koordinierte Voraussetzung vorliegen müsse, um die Bestrafung aus §. 307 eintreten zu lassen; nur das ursachliche Zusammenwirken beider Umstände, des unmittelbaren Kausalzusammenhanges zwischen Brand und Tod einerseits, und des Aufenthaltes des Getöteten in den betreffenden Räumlichkeiten zur Zeit der That andererseits, soll die erhöhte Strafbarkeit begründen, und es ist diese Fassung gewählt worden, um unter anderem gerade den Fall von der Subsumtion unter §. 307 Nr. 1 auszuschließen, wenn jemand den Tod durch den Brand findet, nachdem er das brennende Gebäude *cc* bereits verlassen und behufs Rettens oder Löschens noch=

malß dasſelbe wieder betreten hat. Das Erforderniß des Zusammenhanges des durch den Brand verursachten Todes mit dem Aufenthalte des Getödeten in den Räumlichkeiten zur Zeit der That iſt aber in den §. 309 nicht aufgenommen worden, und gerade hieraus muß gefolgert werden, daß im Falle der fahrläßigen Brandſtiftung es dieſes zweiten Erfordernißes nicht bedarf, der unmittelbare urſachliche Zusammenhang zwischen Brand und Tod in dem oben bezeichneten Sinne vielmehr genügt, um die Anwendung der ſchwereren Strafbeſtimmung zu rechtfertigen. Daß der Anwendbarkeit des §. 307 Nr. 1 engere Grenzen gezogen ſind, als hiñſichtlich des Qualifikationsmomentes des §. 309 geſchehen iſt, kann nicht mit der Reviſion als irrationell bezeichnet werden; es findet dieß hinreichende Erklärung in der weſentlichen Verſchiedenheit der Strafandrohungen in dem einen und in dem anderen Falle.